

# **BR/GT I/140 d/71**

## **Travaux Préparatoires EPÜ 1973**

### **Hinweis:**

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ  
UEBER DIE EINFUEHRUNG  
EINES EUROPÄISCHEN  
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 25. November 1971  
BR/GT I/140/71

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

ARBEITSUNTERLAGE

- ZWEITER VORENTWURF EINES UEBEREIN-  
KOMMENS UEBER EIN EUROPÄISCHES  
PATENTERTEILUNGSVERFAHREN

Artikel	15
	18
	22
	34
	77
	78
	85
	97 a
	100
	107
	107 a (neu)
	123
	130
	137 b (neu)

- ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Nummer 1 zu Artikel 34

(Vom Redaktionsausschuss ausgearbeitete Texte)

## KAPITEL II

### Recht auf das Patent

#### Artikel 15

#### Recht auf Erlangung des europäischen Patents

(1) Das Recht auf das europäische Patent steht dem Erfinder oder seinem Rechtsnachfolger zu. Ist der Erfinder ein Arbeitnehmer, so bestimmt sich das Recht auf das europäische Patent nach dem Recht des Staats, in dem der Arbeitnehmer überwiegend beschäftigt ist; ist nicht festzustellen, in welchem Staat der Arbeitnehmer überwiegend beschäftigt ist, so ist das Recht des Staats anzuwenden, in dem der Arbeitgeber die Betriebsstätte unterhält, der der Arbeitnehmer angehört. Haben mehrere eine Erfindung unabhängig voneinander gemacht, so steht das Recht auf das europäische Patent demjenigen zu, der zuerst eine Patentanmeldung beim Europäischen Patentamt eingereicht hat.

- (2) ( Unverändert gegenüber dem  
( Zweiten Vorentwurf eines  
( Uebereinkommens 1971

(3) Die europäische Patentanmeldung kann von gemeinsamen Anmeldern oder von mehreren Anmeldern, die jeweils nur für einzelne benannte Staaten das Recht auf das europäische Patent haben, eingereicht werden. In keinem Fall wird die Einheit der Anmeldung in dem Verfahren vor dem Europäischen Patentamt beeinträchtigt. Die Anmelder für einzelne benannte Staaten gelten in diesem Verfahren ebenfalls als gemeinsame Anmelder.

### KAPITEL III

#### Wirkungen des Patents

#### Artikel 18

#### Rechte aus dem europäischen Patent

Das europäische Patent gewährt seinem Inhaber von dem Tag der Bekanntmachung seiner Erteilung an in jedem Vertragsstaat, für den es erteilt ist, dieselben Rechte, die ihm ein in diesem Staat erteiltes nationales Patent gewähren würde; Artikel 107 a bleibt unberührt. Eine Verletzung des europäischen Patents wird nach dem nationalen Recht dieses Vertragsstaats beurteilt.

KAPITEL V

DIE PATENTANMELDUNG ALS GEGENSTAND DES VERMOEGENS

Artikel 22

Einheit der europäischen Patentanmeldung im Verfahren vor  
dem Europäischen Patentamt

Die europäische Patentanmeldung kann für einen oder mehrere  
der benannten Staaten übertragen werden oder Gegenstand von  
Rechten sein. Artikel 15 Absatz 3 Sätze 2 und 3 ist entsprechend  
anzuwenden.

Artikel 34

Sprachen

- (1) ( Unverändert gegenüber dem
- (2) ( Zweiten Vorentwurf eines
- ( Uebereinkommens 1971

(3) Vorbehaltlich der in der Ausführungsordnung vorgesehenen Ausnahmen ist die Sprache der europäischen Patentanmeldung oder, im Fall des Absatzes 2, diejenige der Uebersetzung in allen Verfahren vor dem Europäischen Patentamt zu verwenden; die Anmeldung in der Verfahrenssprache stellt die verbindliche Fassung dar. Muss ein Schriftstück vor Ablauf einer Frist vorgelegt werde, so ist Absatz 2 mit der Massgabe entsprechend anzuwenden, dass die Uebersetzung in die Verfahrenssprache innerhalb einer in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Frist eingereicht wird.

- (4) ( Unverändert gegenüber dem
- ( Zweiten Vorentwurf eines
- ( Uebereinkommens 1971

(5) Die Veröffentlichung europäischer Patentanmeldungen erfolgt in der Sprache der Anmeldung oder, im Fall des Absatzes 2, in der Sprache der Uebersetzung; eine Uebersetzung der Patentansprüche in die beiden anderen in Absatz 1 genannten

Artikel 34 (Fortsetzung)

Sprachen wird beigelegt. In den Fällen des Artikels 85 Absatz 3 werden die ursprünglichen Patentansprüche nur in der Sprache der Anmeldung oder, im Fall des Absatzes 2, in der Sprache der Uebersetzung veröffentlicht. Die Uebersetzung der Patentansprüche ist vom Anmelder vor Ablauf einer Frist von sechzehn Monaten seit dem Anmeldetag oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, seit dem Prioritätstag oder, wenn mehrere Prioritäten in Anspruch genommen worden sind, seit dem Tag der frühesten Priorität einzureichen.

(6)

(7)

a)

b)

{ Unverändert gegenüber dem  
{ Zweiten Vorentwurf eines  
{ Uebereinkommens 1971  
{  
{  
{

Artikel 77

Prüfung der europäischen Patentanmeldung  
auf bestimmte Mängel

(1) - gestrichen (siehe Artikel 76 a Absatz 1)

(2) unverändert gegenüber Dokument BR/134/71

a) {  
b) {  
c) { - gestrichen -  
d) {

d<sup>bis</sup>) ob den Erfordernissen des Artikels 154 Absatz 2 entsprochen  
worden ist:

e) {  
e<sup>bis</sup>) { unverändert gegenüber Dokument BR/134/71

f) - gestrichen -

g) {  
h) {  
i) { unverändert gegenüber Dokument BR/134/71

j) ob die in Artikel 34 Absatz 5 vorgeschriebene Uebersetzung der  
Patentansprüche eingereicht worden ist.



Artikel 78

Prüfungsbescheide und Zurückweisung

(1) - gestrichen - (siehe Artikel 77 Absatz 2)

(2) Ergibt die in Artikel 77 Absatz 2 Buchstaben d<sup>bis</sup>, e, e<sup>bis</sup> und i vorgesehene Prüfung, dass die europäische Patentanmeldung den bei dieser Prüfung zu berücksichtigenden Erfordernissen nicht genügt, so teilt die Eingangsstelle dies dem Anmelder mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist die festgestellten Mängel zu beseitigen. Die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen können nur insoweit geändert werden, als es erforderlich ist, um die festgestellten Mängel gemäss den Bemerkungen der Eingangsstelle zu beseitigen. Werden die Mängel nicht rechtzeitig beseitigt, so weist die Eingangsstelle die Anmeldung zurück.

(2a) Absatz 2 wird nicht angewandt, wenn der Anmelder, der eine Priorität beansprucht, in dem Antrag auf Erteilung des europäischen Patents nicht angegeben hat, wann und in welchem Staat die Anmeldung erstmals eingereicht worden ist. In diesem Fall erlischt der Prioritätsanspruch für die Anmeldung.

(2b) Wird eine Priorität beansprucht und ergibt die in Artikel 77 Absatz 2 Buchstabe e<sup>bis</sup> vorgesehene Prüfung, dass der im Antrag auf Erteilung des europäischen Patents genannte erste Anmeldetag um mehr als ein Jahr vor dem Anmeldetag der europäischen Patentanmeldung liegt, so fordert die Eingangsstelle den Anmelder auf, auf die bean-

Artikel 78 (Fortsetzung)

spruchte Priorität zu verzichten oder, wenn er den Prioritätstag falsch angegeben hat, das richtige Datum anzugeben. Kommt der Anmelder dieser Aufforderung innerhalb einer Frist von einem Monat nicht nach, so erlischt der Prioritätsanspruch für die Anmeldung.

(3) - gestrichen -

(4) - gestrichen (siehe Absatz 2 Satz 3)

(5) - gestrichen - (siehe Artikel 139)

(6) . {  
(7) a) { unverändert gegenüber Dokument BR/134/71  
b) {

(8) Ergibt die in Artikel 77 Absatz 2 Buchstabe j vorgesehene Prüfung, dass die Uebersetzung der Patentansprüche nicht eingereicht worden ist, so fordert die Eingangsstelle den Anmelder auf, die Uebersetzung einzureichen. Ist die Uebersetzung nicht innerhalb der in Artikel 34 Absatz 5 vorgesehenen Frist eingereicht worden, so gilt die Anmeldung als zurückgenommen.

Artikel 85

Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung

(1) ( Unverändert gegenüber dem  
( Dok. BR/134/71

(2) ( Unverändert gegenüber dem  
( Zweiten Vorentwurf eines  
( Uebereinkommens 1971

(3) Sind vor Abschluss der technischen Vorbereitungen für die Veröffentlichung die Ansprüche der europäischen Patentanmeldung gemäss Artikel 137 b Absatz 3 geändert und die darin vorgesehene Uebersetzung eingereicht worden, so werden in der Veröffentlichung ausser den ursprünglichen Patentansprüchen auch die neuen oder geänderten Patentansprüche aufgeführt.

(4) ( Unverändert gegenüber dem  
( Zweiten Vorentwurf eines  
( Uebereinkommens 1971  
(5)

Artikel 97 a

Uebersetzung des europäischen Patents

- gestrichen - (siehe Artikel 107 a)

Artikel 100

Kosten für die Veröffentlichung der  
Üebersetzung - Sanktion

- gestrichen - (siehe Artikel 107 a)

Artikel 107

Veröffentlichung einer neuen Patentschrift

- (1) ( Unverändert gegenüber dem
- (2) ( Zweiten Vorentwurf eines
- (3) ( Uebereinkommens 1971
- (4) - gestrichen - (siehe Artikel 107 a)

FÜNFTER TEIL  
PRÜFUNG, ERTEILUNG UND EINSPRUCHSVERFAHREN

KAPITEL III a  
UEBERSETZUNG DER PATENTSCHRIFT

Artikel 107<sup>a</sup> (neu)

Uebersetzung der Patentschrift

(1) Für den Fall, dass die Fassung, in der die Prüfungsabteilung ein europäische Patent für einen Vertragsstaat zu erteilen beabsichtigt, oder dass die geänderte Fassung, in der die Einspruchsabteilung ein Patent für einen Vertragsstaat aufrechtzuerhalten beabsichtigt, nicht in einer Amtssprache dieses Staats vorliegt, so kann dieser Staat vorschreiben, dass der Anmelder oder der Patentinhaber innerhalb einer Frist von drei Monaten nach der in Artikel 97 Absatz 1 oder der in Artikel 105 Absatz 3 vorgesehenen Mitteilung bei der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eine Uebersetzung der Fassung, in einer Amtssprache dieses Staats einzureichen hat.

(2) In der in Artikel 97 Absatz 1 oder Artikel 105 Absatz 3 vorgesehenen Mitteilung werden diejenigen Vertragsstaaten bezeichnet die eine Vorschrift nach Absatz 1 erlassen haben.

(3) Jeder Vertragsstaat, der eine Vorschrift nach Absatz 1 erlassen hat, kann vorschreiben, dass der Anmelder oder Patentinhaber innerhalb einer von diesem Staat bestimmten Frist die Kosten für eine Veröffentlichung der Uebersetzung ganz oder teilweise zu entrichten hat.

Artikel 107 a (Fortsetzung)

(4) Jeder Vertragsstaat kann vorschreiben, dass im Fall der Nichtbeachtung einer aufgrund der Absätze 1 und 3 erlassenen Vorschrift die Wirkungen des europäischen Patents in dem Vertragsstaat als von Anfang an nicht eingetreten gelten.



Artikel 123

Bekanntmachung der internationalen Anmeldung

- |     |   |                           |
|-----|---|---------------------------|
| (1) | { |                           |
| (2) |   | Unverändert gegenüber dem |
| (3) |   | Zweiten Vorentwurf eines  |
| (4) |   | Uebereinkommens 1971      |

(5) Der Anmelder hat die in den Absätzen 2 und 3 vorgesehenen Uebersetzungen spätestens zwanzig Monate nach dem Prioritätstag der internationalen Anmeldung einzureichen; anderenfalls gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

(6) Für die Anwendung der Artikel 59 und 149 gilt der Tag, an dem das Internationale Büro die internationale Anmeldung veröffentlicht, als Tag der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung nach Artikel 85.

Artikel 130

Fälligkeit

(1) Die Jahresgebühren sind jeweils für das kommende Jahr am letzten Tag des Monats fällig, der durch seine Benennung dem Monat entspricht, in welchem die europäische Patentanmeldung eingereicht worden ist. Die Jahresgebühr kann frühestens ein Jahr vor ihrer Fälligkeit wirksam entrichtet werden. Eine Jahresgebühr ist in Höhe des Satzes zu entrichten, der am Tag ihrer Fälligkeit gilt.

(2) ( Unverändert gegenüber dem  
( Zweiten Vorentwurf eines  
( Uebereinkommens 1971

(2a) Wird für eine Jahresgebühr, die innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Inkrafttreten einer Gebührenerhöhung fällig wird, nur der vor der Erhöhung massgebende Betrag rechtzeitig gezahlt, so gilt die Jahresgebühr als wirksam entrichtet, sofern der fehlende Betrag innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Fälligkeit der Jahresgebühr gezahlt wird. Ein Zuschlag nach Absatz 2 wird nicht erhoben.

(3) Wird der fällige Betrag nicht innerhalb der vorgeschriebenen Fristen entrichtet, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Artikel 137 b (neu)

Aenderung der europäischen Patentanmeldung und des  
europäischen Patents

(1) Eine europäische Patentanmeldung und ein europäische Patent dürfen nicht in der Weise geändert werden, dass ihr Gegenstand weiter ist als der Inhalt der eingereichten Anmeldung. Handelt es sich um eine Teilanmeldung oder um ein auf einer Teilanmeldung beruhendes Patent, so darf der Gegenstand der Anmeldung oder des Patents nicht weiter sein als der Inhalt der früheren Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung.

(2) Vor Erhalt des Berichts über den Stand der Technik darf der Anmelder die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen einer europäischen Patentanmeldung nicht ändern, es sei den, dass im Uebereinkommen oder in der Ausführungsordnung zu diesem Uebereinkommen etwas anderes vorgesehen ist.

(3) Nach Erhalt des Berichts über den Stand der Technik und vor Erhalt des ersten Bescheids der Prüfungsabteilung kann der Anmelder auf einen oder mehrere der ursprünglichen Patentansprüche der Anmeldung verzichten oder neue oder geänderte Patentansprüche vorlegen. Macht der Anmelder von dieser Möglichkeit Gebrauch, so sind anstelle der ursprünglichen Patentansprüche insoweit die neuen oder geänderten Patentansprüche für das Schutzbegehren massgebend, als der Gegenstand der letzteren nicht über das hinausgeht, was in der Anmeldung beschrieben worden ist. Der Anmelder hat eine Uebersetzung der neuen oder geänderten Patentansprüche in die beiden anderen in Artikel 34 Absatz 1 vorgesehenen Sprachen einzureichen.

Artikel 137 b (Fortsetzung)

.(4) Nach Erhalt des ersten Bescheids der Prüfungsabteilung kann der Anmelder von sich aus die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen einmal ändern. Weitere Änderungen dürfen nur mit Zustimmung der Prüfungsabteilung vorgenommen werden.

(5) Im Einspruchsverfahren dürfen die Patentansprüche des europäischen Patents nicht in der Weise geändert werden, dass der Schutzbereich erweitert wird.

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 34

Nummer 1

Rechtliche Bedeutung und Frist für die Einreichung  
der Uebersetzung der Anmeldung

(1) Im Fall des Artikels 34 Absatz 2 des Uebereinkommens ist in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt der ursprüngliche Text für die Bestimmung massgebend, ob sich der Gegenstand der europäischen Anmeldung oder des europäischen Patents in den Grenzen des Inhalts der Anmeldung in der eingereichten Fassung hält.

(2) Das Europäische Patentamt kann, soweit nicht der Gegenbeweis erbracht wird, für die Bestimmung, ob sich der Gegenstand der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents in den Grenzen des Inhalts der Anmeldung in der eingereichten Fassung hält, davon ausgehen, dass die in Artikel 34 Absatz 2 des Uebereinkommens genannte Uebersetzung mit dem ursprünglichen Text der europäischen Patentanmeldung übereinstimmt.

(3) ( Unverändert gegenüber dem  
( Ersten Vorentwurf einer  
( Ausführungsordnung 1971